

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

9. Mai 1947.

88/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H a c k e n b e r g und Genossen
an den Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung,
betreffend unzulässige Ämterkumulierungen durch Beamte seines Ministeriums.

In der Budgetdebatte hat Abgeordneter Ing. Karl Waldbrunner am 5. Dezember 1946 auf folgende unzulässige Ämterkumulierungen im Bereich des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hingewiesen.

1) Der Chef der Abteilung "Öffentliche Verwaltung" im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Stanglberger ist gleichzeitig öffentlicher Verwalter der Firma Wenzel Hartl, Holzkonstruktions-Baugesellschaft in Wien, 19.

2) Herr Dr. Schlossnigg, Leiter der Abteilung 6 (b) des genannten Ministeriums, die sich mit der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung beschäftigt, ist gleichzeitig selbst öffentlicher Verwalter und kontrolliert sich offenbar selbst in dieser Eigenschaft als Verwalter der Firma Zakovsky G.m.b.H.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der frühere Präsidialist dieses Ministeriums öffentlicher Verwalter der Österreichischen Beamtenversicherung geworden ist und Dr. Karl Putz aus dem Beamtenstand des gleichen Ministeriums öffentlicher Verwalter mehrerer Wohn- und Siedlungsgenossenschaften ist.

Eine Vermengung von öffentlichen Ämtern und wirtschaftlicher Betätigung ist an sich bedenklich, wird aber absolut unzulässig, wenn sie gleichzeitig von Menschen ausgeübt wird, denen Kraft ihres öffentlichen Amtes das Kontroll- oder Überwachungsrecht dieser Wirtschaftszweige eingeräumt ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

Kann der Herr Bundesminister dem Hohen Haus mitteilen, was er zur Abstellung dieser ^{Übelstände} und zur Vermeidung künftiger/der gleichen Art bisher unternommen hat?

-.-.-.-.-